Demokratische Dilemmata in ungleichen Machtressourcen

Politische Folgerungen aus einer neuen Machtökonomik mit Amartya Sen

Thomas Dürmeier

Einleitung

»Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.« (Theodor W. Adorno, Minima Moralia, 1951)

In der englischsprachigen Globalisierungskritik wird von einer »corporate globalization«, einer konzerngetriebenen Globalisierung gesprochen. Für Ulrich Beck spiegelt sich in der Konsumentensouveränität »Macht und Gegenmacht in der Globalisierung« (Beck 2002) wider. Bei allen diesen Beschreibungen der kapitalistischen Globalisierung stellt sich die Frage, wie den Macht und Machtasymmetrien bestimmt werden können.

Angesichts von demokratisch verfassten Nationalstaaten, also der Volksherrschaft, kann die Frage nach Machtasymmetrien neues Licht auf die Funktionsfähigkeit von Demokratien werfen. Jede/r Bürger/in hat eine Stimme und Demokratie ist eine Regierung der Gleichen, jedoch zählte wirtschaftliche Selbständigkeit schon bei den Griechen als Voraussetzung, um im »demos«, der Volksversammlung, agieren zu können. In der heutigen arbeitsteiligen Marktwirtschaft sollen Abwehrrechte (wie Meinungsfreiheit) und positive Anspruchsrechte (wie Bildung) Demokratie ermöglichen, jedoch führt die marktliberale Beschneidung von sozialen Rechten und wirtschaftlicher Teilhabe zu steigender Armut und Ungleichheit.

In dieser Arbeit möchte ich zeigen, dass Machtungleichheiten Demokratie gefährden. Ich untersuche Machtphänomene mit einer Kombination der Theorien von Amartya Sen und Pierre Bourdieu, damit ungleiche Handlungsmöglichkeitsräume und asymmetrische Abhängigkeiten sichtbar werden.

Zuerst werde ich einen Überblick über die bisherige Machtforschung geben. Danach skizziere ich meine Ökonomik der Macht und wende diese am Beispiel politischer Macht von Unternehmen an. Abschließend ziehe ich einige politische Schlussfolgerungen.

Ergebnisse der Machtforschung

»Geld oder Leben!« stellt ein Tauschangebot dar¹, das sich als Drohung eines Räubers vom freiwilligen Tausch unterscheidet. Im wirtschaftlichen Alltag hingegen spielen ungleicher Tausch und Machtverhältnisse oft eine entscheidende Rolle. Im Folgenden möchte ich sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Machttheorien vergleichen².

Die Erfolge der sozialwissenschaftlichen Machtanalyse

Der Ursprung der Machttheorien liegt bei Max Weber und seinem Werk »Wirtschaft und Gesellschaft«, wo er Macht als »eine Chance innerhalb einer sozialen Beziehung [definiert], den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht« (Weber 1972: 23). Während Max Weber das erste Gesicht der Macht definierte, dass Akteure sich in Entscheidungsprozessen und Handlungen direkt durchsetzen, sahen Peter Bachrach und Morton S. Baratz (1962) das zweite Gesicht der Macht darin, die Agenda der zu entscheidenden Fragen oder Handlungen zu bestimmen, also Agenda-Setting und 'nondecision-making' (vgl. Tabelle 1 unten). Macht ist dann das Verändern von Entscheidungsabläufen oder das Verhindern, dass ein bestimmtes Thema überhaupt öffentlich erörtert wird.

Eine elaborierte Theorie von Macht und Vermögen entwickelte Pierre Bourdieu (1992) mit seiner Kapital- und Feldtheorie. Ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital stellen bei ihm Machtressourcen dar, die aufgrund ihrer Ungleichverteilung Akteure in der Gesellschaft in Beziehung zu einander setzen. Bourdieu unterscheidet vier Arten von Kapitalien. Ökonomisches Kapital sind Geld und andere ökonomische Vermögensgegenstände, soziales Kapital sind Beziehungsnetzwerke, kulturelles Kapital findet man in Bildung, Titel oder im Besitz von Kulturgütern und symbolisches Kapital sind Anerkennung, Reputation oder gesellschaftliche Positionen. Die Verteilung dieser Kapitalien spannt ein soziales Feld von Beziehungen und Machtverhältnissen auf. Dieses aufgespannte »soziale Feld« ist die Grundlage für Machtverhältnisse und mögliche Antagonismen. Akteure können nach ihrer Stellung im sozialen Feld die Handlungsmöglichkeiten anderer Akteure verändern und somit Macht ausüben.

Die Demokratietheorie beschäftigte sich u. a. mit der Machtverteilung in der Zivilgesellschaft. Im Pluralismus (Dahl 1957) besteht Demokratie aus dem freien Wettbewerb von Interessengruppen, die staatliche Macht beeinflussen oder verändernde Wirkung auf politische Entscheidungen ausüben. Für Elitetheoretiker wie C. Wrights Mills (1956) gibt es herrschende Gesellschaftsschichten, die den Staat für ihr Interesse nutzen und dadurch Politik maßgeblich bestimmen. Diese Machttheorien stehen der marxistischen Staatstheorie sehr nahe, in der die kapitalistische Klasse, die Bourgeoisie, die Staatsapparate für ihre Interessen leichter benutzen kann als andere Klassen der Gesellschaft. In den Demokratietheorien kann Macht konzentriert oder gleichmäßiger verteilt sein.

Mit der bahnbrechenden Arbeit von Steven Lukes (1974) wird das Konzept eines »third face of power« eingeführt, das die Veränderung von Einstellungen oder Präferenzen als Machtausübung definiert. »[I]s it not the supreme and most insidious exercise of power to prevent people, to whatever degree, from having grievances by shaping their perceptions, cognitions and preferences in such a way that they accept their role in the existing order of things [...]?« (Lukes 1974: 24) Er argumentierte, dass die Veränderung von Werten, Einstellungen und Präferenzen auch Macht ist.

In der Postmoderne wird dieses Machtkonzept noch radikalisiert, da Begriffe und Sprache jede Wahrnehmung der Realität konstruieren. Machtausübung wie durch »Gouvernementalität« (Foucault) verändert dann die als richtig betrachtete Art und Weise von Rationalität und Vernünftigkeit.

Gesicht der Macht	Sozialwissenschaften	Wirtschaftswissenschaft
Erstes	Entscheidungsergebnis	Entscheidung, Preis
Zweites	Alternativen	Optionen, Einkommen
Drittes	Vorstellungen, Überzeugungen	Präferenzen
Viertes	Gouvernementalität	Nutzenmaximierung, Rationalität

Tabelle 1: Die vier Gesichter der Macht

Quelle: Dürmeier 2008: 135.

Während in den Sozialwissenschaften zahlreiche Machttheorien entwickelt wurden, hat die Ökonomik diese Forschungsfrage fast vollständig aufgegeben (Dürmeier 2008), obwohl »[p]ower should [...] be a recurrent theme in economic studies of a theoretical or applied nature. Yet if we look at the main run of economic theory over the past hundred years we find that it is characterised by a strange lack of power considerations« (Rothschild 1971: 7).

»The great black hole of Economics« (Galbraith 1967: xix)

Die ökonomische Tauschlehre verzichtet fast ganz auf die Untersuchung von Machtverhältnissen, obwohl die Jubiläumstagung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1972 unter dem Motto »Macht und ökonomisches Gesetz« (vgl. Schneider/ Watrin 1973) stand und es einige neuere volkswirtschaftlichen Publikationen (Berger/ Nutzinger 2008) gibt³.

Allgemein ermöglichen Macht und Zwang, sich dem freien Spiel der Marktkräfte zu entziehen, ob als Monopolist mit Marktmacht, mit Abstimmungsmacht (Harsanyi 1971) oder mit Verhandlungsmacht. In volkswirtschaftlichen Lehrbüchern spielt Macht im umfassenden Sinne keine Rolle. Die Ausnahme sind Weise et al. (2005) und Bowles (2003). Das ist ein Spiegelbild dafür, dass die orthodoxe Tauschlehre heute fast ganz auf die Untersuchung von Machtverhältnissen verzichtet (Dürmeier 2008: 122-132). »Mainstream economists have not only found concepts like [...] power to be useless in explaining economic phenomena, but they worry about introducing such emotionally charged words into the analysis« (Stiglitz 1993: 112)⁴. Kurt Rothschild (2002) hat dies mit einer neueren Analyse nochmals bestätigt.

Eine Neue Politökonomische Konzeption von Macht

Trotz dieser ubiquitären Nichtbeschäftigung mit Macht haben einzelne OkonomInnen wie Bowles/ Gintis (1989) versucht, volkswirtschaftliche Konzepte zur Analyse von Macht zu entwickelt. In der Machttheorie hat sich im Überblick zu den unterschiedlichen Ansätzen eine Liste von Elementen für eine umfassende Theorie der Macht entwickelt (Zimmerling 2005). Als wichtigste Elemente für eine neue Machtökonomik erachte ich, dass Machtressourcen, die Wirkung und der Maßstab für Macht, Instrumente der Machtanwendung und deren Kosten thematisiert werden. Macht beruht auf Ressourcen, die in unterschiedlichster Art und Weise differenziert dargestellt werden können.

Aus dem hier Gesagten wird deutlich, dass die klassische Definition der Macht von Max Weber⁵ zu unspezifisch und zu eng ist. Volkswirtschaftliche Machtdefini-

tionen findet man kaum oder nur mit sehr speziellen Zugängen: »A has power over B if A has the capacity to alter the game (preferences, strategy sets or information sets) in such a way that B's equilibrium outcome changes« (Bardhan 1991: 274). Für mich ist eine adäquate Machtdefinition in der Theorietradition von Amartya Sen denkbar. Macht ist dann die Reduktion- oder Veränderungsoption von Handlungsmöglichkeitsräumen eines individuellen oder kollektiven Akteurs in einer konflikthaften (asymmetrischen) sozialen Beziehung. Als Kurzdefinition kann man sagen, dass Macht die Handlungsfreiheit (Capabilities) eines anderen Akteurs reduziert⁶. Bisher wurde die Integration von Macht im Capability-Ansatz von Amartya Sen nur unvollständig ausgeführt (Robeyns 2003). Ich habe versucht, mit der Kapitaltheorie von Pierre Bourdieu (1992) eine Lösung zu entwickeln (Dürmeier 2005, 2008).

Machtausübung drückt sich in zahlreichen Instrumenten der Machtanwendung aus. Gewalt, Überzeugungsarbeit, Raub, Drohungen oder Einfluss könnten unterschiedliche Formen der Macht sein, die durch Machtinstrumente wie Gewaltanwendung, Rhetorik oder gezielte Informationsweitergabe Macht wirksam werden lassen. Ökonomisch kann man sagen, dass es eine Produktionsfunktion der Macht gibt, wo unterschiedliche Machtressourcen zu Instrumenten transformiert werden (vgl. Abb. 1) Der Machtausübende A kann sein soziales, ökonomisches, kulturelles oder symbolisches Kapital als Machtressource verwenden, um damit Machtinstrumente wie Bestechungszahlungen oder Gegengutachten zu 'produzieren'. Mit solchen politischen Aktivitäten kann der Akteur A auf den Machtunterworfenen B Macht Ψ ausüben, welche die Handlungsmöglichkeiten des Akteurs B einschränkt. Die Politikerin B kann trotz ihres Handlungsvermögens aus politischem Mandat oder Stimmenmehrheit ein Gesetz nicht mehr oder nur noch mit weitergehenden Kompromissen durchsetzen, wenn ein Gegengutachten, im Auftrag mächtiger Lobbygruppen, die angestrebte Gesetzesnovelle diskreditiert.

Macht-ressourcen:
Kapitalien

Macht-instrumente

Macht-instrumente

Macht
Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Macht

Abbildung 1: Eine neue Ökonomik der Macht mit Sen und Bourdieu

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Machtverhältnisse spiegeln sich in Institutionen wider. Gesellschaften haben institutionelle Arrangements getroffen, um Machtverhältnisse in Rechtsstrukturen überzuführen, jedoch ordnen zahlreiche Institutionen Akteuren Macht zu, wie das staatliche Gewaltmonopol oder die Verfügungsrechte der Bürokratie zeigen (vgl. Hodgson 2004). Auch Sprache spielt im dritten und vierten Gesicht der Macht eine Rolle, doch gibt es noch keine ökonomische Theorie der Sprache (vgl. Kabalak et al. 2008).

Die Analyse der Mach von demokratiegefährdenden Ungleichheiten

Meine Konzeptionalisierung von (politischer) Macht erlaubt zahlreiche neue Möglichkeiten zur Analyse von Macht. An einigen demokratiegefährdenden Tendenzen möchte ich dies verdeutlichen. Zuvor möchte ich den Zusammenhang zwischen Machtungleichheiten und Demokratie klären.

Ungleichheit in der Demokratie

Das demokratische Verfahren hat sich in der Weltgeschichte als sehr leistungsfähiges Regierungssystem herausgestellt (Sen 2000), was auch zahlreiche ökonometrische Untersuchungen belegt haben (u. a. Barro 1996). Über das Wesen der Demokratie gibt es eine sehr breite und kontroverse Debatte in der Politikwissenschaft (vgl. Schmidt 2000).

In Demokratien gehört es zum konstitutiven Moment, dass alle Bürger effektiv partizipieren können, wobei große Ungleichheit den Armen ihre wirtschaftliche und politische Selbständigkeit beraubt. Notwendige Bildung, Mittel und Freizeit, um an der demokratischen Willensbildung zu partizipieren, muss für alle Bürger gleichermaßen gegeben sein.

Im Weiteren kann trotz der Sicherung des Mindesteinkommens ein zu großer Reichtumsunterschied Demokratie gefährden. Abgeschlossene Elitenkreise, Konzentration von Reichtum oder undemokratische Mittel wie Korruption können zu falschen Mehrheitsentscheidungen führen. Kleine und gut organiserte Interessengruppen können die demokratischen Mehrheiten verändern und Ineffizienzen bewirken (vgl. Erlei et al. 1999). Die demokratiegefährdenden Effekte von Ungleichheit und Machtverhältnissen möchte ich am Beispiel von Großunternehmen kurz erläutern.

Transnationale Konzerne

Am Beispiel von transnationalen Unternehmen (TNUs) können wir wirtschaftliche Ressourcen und politische Macht diskutieren. TNUs üben durch die Politik der Standortverlagerung ein Drohpotential auf nationale Politik aus. Im Folgenden ist für mich hier die Wirkung wirtschaftlicher Kapitalkonzentration auf politische Machtkämpfte in Demokratien interessanter.

Unternehmen sind als politische Akteure in der Weltpolitik (Fuchs 2005) anerkannt, sodass der Menschenrechtsausschuss in den Vereinten Nationen fragt, welche Aufgaben müssen transnationale Unternehmen bei der Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen (UN Commission 2003). Unternehmen haben durch ihre Akkumulation von Kapitalien große Machtressourcen. Das ökonomische Kapital von Unternehmen kann man in der Bilanz ablesen oder im Vergleich ihrer Wertschöpfung. Zu den 100 größten gesellschaftlichen Produzenten von Reichtum gehören neben den wirtschaftlich stärksten Volkswirtschaften wie die Vereinigten Staaten oder China auch 37 Unternehmen (De Grauwe/Camerman 2002: 317). Andere gesellschaftliche Akteure besitzen kaum so viel Kapital. Das kulturelle Vermögen von Unternehmen spiegelt sich in Patenten, MitarbeiterInnen oder ihren Produkten wider. Forschungseinrichtungen sind staatlichen Einrichtungen oft überlegen (z. B. Pharmazie oder Biotechnologie). Insbesondere ihr ökonomischen Sachverstand und ihre Praxiserfahrungen auf Märkten lassen sie als wichtigste Experten auftreten. Ihr soziales Vermögen spiegelt sich sehr gut in der Vernetzung von Aufsichtsräten und gesellschaftlichen Akteuren wider. Unternehmen pflegen ihre Beziehungsnetzwerke

durch soziale Ereignisse wie in Davos. Das symbolische Kapital von Unternehmen sieht man in zahlreichen sprachlichen Phänomenen. Wenn von der Wirtschaft gesprochen wird, verbindet man zuerst damit Unternehmen und nicht KonsumentInnen oder Gewerkschaften. In der heutigen Standortdebatte stehen Unternehmen für Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Wohlstand. Zahlreiche Marken wie Apple, McDonalds, Mercedes oder CNN sind Symbole für Status und Identität. Diese Machtressourcen erlauben es Unternehmen in demokratische Aushandlungsprozesse zu ihren Gunsten einzugreifen.

Bereits in der Unternehmensethik kann man unter dem Begriff »Corporate Citizenship« lesen (vgl. Crane/ Matten 2008), dass die Bürgerprivilegien von Ansprüchen gegenüber dem Staat und der Gesellschaft auf Erwartungen an Unternehmen übergehen. In der Tabelle 2 habe ich einige Beispiele für das politische Handeln von Unternehmen angegeben, um das Ausmaß der demokratiegefährdenden Entwicklung anzudeuten.

Tabelle 2: Politische Aktionen von Transnationalen Konzernen

Politisches Instrument	Beispiele	
Lobbying	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Public Affairs Agentur	
Parteienfinanzierung	Wahlkampfspenden, Parteispenden	
Wahlen, Abstimmungen	ILO Gremien, Entsendung von Kommission- mitglieder	
Ämterüberlappung zwischen		
Politik und Unternehmen	Revolving door, Personalaustauschprogramm »Seitenwechsel«	
State capture (u. a. Korruption)	Moritz Hunzinger, transparency international	
Gerichtsverfahren	Vodafone, NAFTA Klagerecht	
Privatisierung von Staatsfunktionen	Privatisierung, Hochschulakkreditierung	
Gewalt (Sicherheitsdienst, Militär)	Söldnerunternehmen	
Norm des unternehmerischen Denkens	Work Life Balance, ökonomischer Imperialismus	

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Das klassische Unternehmenslobbying hat sich in den letzten Jahren zunehmen professionalisiert und es wurden neue Aktionsformen entwickelt (Müller et al. 2004). Durch den Aufbau von Bürgerinitiativen als Tarnorganisationen wie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft versucht die bundesdeutsche Metallindustrie, sich als zivilgesellschaftliche Gruppe darzustellen⁷. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall verwendet den Denknamen »Initiative«, um sich damit den Anschein einer Nichtregierungsorganisation zu geben und sich branchen- und parteiübergreifende Plattform darzustellen. Mit ganzseitigen Anzeigen in den großen bundesdeutschen Tageszeitungen, Protestaktionen oder Kampagnen wie dem »Regulierungsradar«⁸ soll Zustimmung für marktradikale Reformen generiert werden. Professionalisierte Public Affairs Agenturen wie Burson-Marsteller verkaufen Lobbying als Dienstleistung. Neben finanziellen Zuwendungen an politische Akteure wie durch Parteispenden gibt es auch personelle Durchdringungen in die Politik hinein. Führende PolitikerInnen oder UnternehmensvertreterInnen wechseln zwischen Politik und

Privatwirtschaft, was in der Fachsprache als »revolving door« bezeichnet wird. Die Bundesregierung verstärkt diese Verflechtung aktuell mit dem Personalaustauchprogramm »Seitensprünge«, wo Unternehmensmitarbeiter für einige Monate in Ministerien mitarbeiten⁹. Unternehmen versuchen auch staatliche Einrichtungen zu unterwandern. Korruption ist eine der ältesten Einflussmethoden, wie der Skandal um den Lobbyisten Moritz Hunzinger oder der Jahresbericht von Transparency International zeigen. Durch Beziehungen versuchen Unternehmen auch Aufsichtbehörden oder staatliche Einrichtungen von ihren Interessen zu überzeugen, was als »regulatory capture« (Levine/ Forrence 1990) bezeichnet wird. Unternehmen können auch über den Rechtsweg ihre politischen Interessen durchsetzen, wie das Klagerecht im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA zeigt. Vodafone klagt in Deutschland für eine Steuerreduktion aus der Mannesmannübernahme im Ausmaß von 20 Mrd. Euro. Staatliche Aufgaben werden auch durch Privatisierungen auf private Anbieter übertragen. Sogar Studiengänge werden durch private Akkreditierungseinrichtungen kontrolliert. Die Rückkehr privater Söldnerarmeen durch Anbieter von Kriegsdienstleistungen wie Blackwater Worldwide stellt auch das Gewaltmonopol des Staates in Frage. Unternehmerisches Denken bestimmt auch immer mehr die Normen unserer Vernunft, wenn betriebswirtschaftlich orientierte Konzepte der Lebensführung wie »Work Life Balance« Ideen des guten Lebens verdrängen und die Wirtschaftswissenschaften mit ihrem »ökonomischen Imperialismus« in andere Disziplinen wie Soziologie oder Jura vordringen. Es lassen sich zahlreiche weitere Beispiele finden¹⁰. Die Beispiele der unterschiedlichen politischen Machtinstrumente von Unternehmen erlauben eine qualitative Abschätzung der Dominanz von Unternehmen. Eine quantitative Bestimmung dieser unternehmerischen Vormachtstellung gegenüber anderen Gruppen wie Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen müsste noch vollbracht werden.

Diese dominante Machtsstellung von Unternehmen wirft nicht nur bei Marktmacht Probleme auf, sondern führt auch zu politischer Einflussnahmen (Galbraith 1967), was auch zahlreiche Beispiele wie das politische Agieren von ITT Chile und der USA (Sampson 1975) oder der Einfluss von Shell in Nigeria exemplarisch belegen.

Die politische Macht von transnationalen Unternehmen in den globalen Strukturen der Global Governance oder das Versagens des pluralistischen Interessenwettbewerbs auf nationalstaatlicher Ebene zeigen die Probleme von ungleichen Machtressourcen. Aus meinen theoretischen Schlussfolgerungen und empirischen Beispielen komme ich zu einer skeptischen Beurteilung, ob Demokratie unter (ökonomischen) Ungleichheiten möglich ist.

Wege zu mehr demokratischer Gleichheit

Die Sozialwissenschaften haben zahlreiche Erkenntnisse bei der Analyse von Macht gewinnen können. Machttheorien sollten nach Ressourcen und Instrumenten von Macht unterscheiden. Die Typologie der vier Gesichter der Macht erleichtert die Unterscheidung von Machtbegriffen, auch wenn eine Ökonomik der Macht noch weitgehend fehlt.

Eine neue Ökonomik der Macht wie meine Erweiterungen von Amartya Sen (Dürmeier 2005) kann für eine kritische Machtanalyse hilfreich sein, um die aktuellen Verhältnisse transparent zu machen und Machtungleichheiten aufzuzeigen. Das erleichtert politische Initiativen zur Umverteilung von Machtressourcen und

die Demokratisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Ökonomik kann im Sinne von Bourdieu die schwächeren Akteure über strategische Veränderungsmöglichkeiten aufklären. Gegen Unternehmensmacht kann ein Bündnis zwischen kritischen AktionärInnen, Gewerkschaften und KonsumentInnen helfen, wenn Unternehmensethik vom »window dressing« zur Unternehmensverpflichtung wird. Lobbyismus kann durch »Name and Shame«, also das Benennung und Anprangern undemokratischer Praktiken wie der WorstEU Lobbyaward¹¹ politische Machtkämpfe verändern. Auch wenn in Ausnahmefällen der politische Sieg des schwächeren Davids über den mächtigeren Goliath das »Paradox of Power« zeigt, sollten solche Ausnahmen nicht Argumente gegen Umverteilung von Vermögen und fortschreitende Demokratisierung sein. Längerfristig kann aber nur eine strukturelle Veränderung der Machtakkumulation Demokratie gewährleisten.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1951) Minima moralia: Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Berlin [u. a.]: Suhrkamp Verlag.

Bachrach, Peter & Maratz, Morton S. (1962) Two Faces of Power, In: American Political Science Review, 56 (4), S. 947-952.

Barro, Robert J. (1996) Democracy and Growth, In: Journal of Economic Growth, 1 (1), S. 1-27. Beck, Ulrich (2002) Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter: neue weltpolitische Ökonomie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Berger, Johannes & Nutzinger Hans G. (Hrsg.) (2008) Macht oder ökonomisches Gesetz? Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft Nr. 21, Marburg: Metropolis-Verlag.

Bourdieu P. (1992) Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg: VSA-Verlag. Bowles, Samuel & Gintis, Herbert M. (1989) Power and Wealth in a Competitive Capitalist Economy, Amherst, Massachusetts: working paper series.

Bowles, Samuel (2003) Microeconomics Behavior, Institutions, and Evolution. New York: Russell Sage Foundation – Princeton, Oxford: Princeton University Press.

Crane, Andrew; Matten, Dirk & Moon, Jeremy (2008) Corporations and Citizenship. Cambridge [u. a.]: Cambridge University Press.

Dahl, Robert A. (1957) The Concept of Power. Behavioral Science, 2 (July), S. 201-215.

De Grauwe, Paul & Camerman, Filip (2002) How Big Are the Big Multinational Companies? TIJDSCHRIFT VOOR ECONOMIE EN MANAGEMENT, 47 (3), S. 311-326.

Dürmeier, Thomas (2005) The Struggle for Power in Economics. The History and Transdisciplinary Translation of Entrepreneurial Political Power, Annual Heterodox Conference, London.

Dürmeier, Thomas (2008) Die asymmetrische Geschichte der Kategorie Macht in der Ökonomik. In J. Berger, Johannes & Nutzinger Hans G. (Hrsg.) Macht oder ökonomisches Gesetz?. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft Nr. 21, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 121-150.

Erlei, Mathias; Leschke, Martin & Sauerland, Dirk (1999) Neue Institutionenökonomik. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Fuchs, Doris (2005) Understanding Business Power in Global Governance. Reihe: Internationale politische Ökonomie Nr. 1, Baden-Baden: Nomos.

Galbraith, John Kennath (1967) The New Industrial State. Boston: Houghton Mifflin Company. Harsanyi, John (1971) The Dimension and Measurement of Social Power. In: Rothschild Kurt W. (Hrsg.) Power in Economics. Harmondsworth, Baltimore/MD, Ringwood: Penguin Books, S. 77-96.

Hodgson, Geoffrey M. (2004) The Evolution of Institutional Economics. Agency, Structure and Darwinism in American Institutionalism. London u. a.: Routledge.

Kabalak, Alihan; Priddat, Birger P. & Smirnova, Elena (Hrsg) (2008) Ökonomie, Sprache, Kommunikation: neuere Einsichten zur Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verlag.

Levine, M. E., & Forrence, J. L. (1990) Regulatory Capture, Public Interest, and the Public Agenda. Toward a synthesis. Journal of Law Economics & Organization 6: S. 167-198.

Lukes, Steven. (1974) Power: A Radical View. London: Macmillan.

Mills, Charles Wright (1959) The Power Elite. New York: Oxford University Press.

Müller, Ulrich; Giegold, Sven & Arhelger, Malte (2004) Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen. Hamburg: VSA-Verlag.

Robeyns, I., (2003) The Capability Approach. An Interdisciplinary Introduction, www.ingridrobeyns.nl/Downloads/CAtraining20031209.pdf (18.6.2007)

Rothschild, Kurt W. (1971) Introduction, In. ders. (Hrsg.) Power in Economics, Harmondsworth, Baltimore, Ringwood: Penguin Books.

Rothschild, Kurt W. (2002) The Absence of Power in Contemporary Economic Theory. In: The Journal of Socio-Economics, 31 (5), S. 433-442.

Sampson, Anthony (1975) Weltmacht ITT: die politischen Geschäfte eines multinationalen Konzerns. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schmidt, Manfrd G. (2000) Demokratietheorien: eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich. Schneider, H. K., Watrin, C. (1973) Macht und ökonomisches Gesetz. Verhandlungen auf der Jubiläumstagung in Bonn vom 4.–7. September 1972, Berlin: Duncker & Humblot.

Sen, Amartya K. (2000) Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München [u. a.]: Hanser.

Stiglitz, Joseph E. (1993) Post Walrasian and Post Marxian Economics. Journal of Economic Perspectives, 7(1), S. 109-114.

UN Commission on Human Rights (2003) Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and other Business Enterprises with Regard to Human Rrights.

Weber, Max (1972) Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe, 5. rev. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck Verlag.

Weise, Peter/ Brandes, Wolfgang/ Eger, Thomas & Kraft, Manfred (2005) Neue Mikroökonomie. 5. überarb. Auflage, Heidelberg: Physica-Verlag.

Zimmerling, Ruth (2005) Influence and Power: Variations on a Messy Theme. Dordrecht: Springer Verlag.

Anmerkungen

- 1 Ein Selbstmörder oder lebensmüder Mensch zieht vielleicht den Tod seinem Weiterleben vor, jedoch würden die meisten Menschen ihr Leben behalten wollen.
- 2 Eine ausführlichen Literaturüberblick und kritische Diskussion von Machttheorien findet sich in Dürmeier (2008: 122-139).
- 3 Einen guten Überblick über die wirtschaftswissenschaftliche Machttheorie geben Bardhan (1991) und Dürmeier (2008).
- 4 Eine Diskussion verschiedenster Gründe habe ich in (Dürmeier 2008: 136-139) vorgenommen.
- 5 Vgl. Abschnitt 2.1.
- 6 Eine ausführliche formale Darstellung findet sich in Dürmeier (2008).
- 7 Eine guten Überblick gibt eigene Homepage der Initiative: http://www.insm.de.
- 8 Vergleiche http://www.insm.de/INSM_Interaktiv/Inhalte/Regulierungsradar.html (10.2.2009).
- 9 Weitere aktuelle Informationen findet man auf der Portal von LobbyControl: http://www.keine-lobbyisten-in-ministerien.de (7.1.2008).
- 10 Eine populärwissenschaftliche Quelle ist der Dokumentarfilm »The Corporation« (2003).
- 11 Vgl. www.worstlobby.eu (20.1.2009).